



An den Grossen Rat

14.5339.02

PD/P145339

Basel, 17. September 2014

Regierungsratsbeschluss vom 16. September 2014

Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend „Soll Basel ein Einwanderungsland werden“

Das Büro des Grossen Rates hat die nachstehende Schriftliche Anfrage Eric Weber dem Regierungsrat zur Beantwortung überwiesen:

„Die Themen Migration und Integration haben sich in den vergangenen Jahren dynamisch zum eigenständigen Politikfeld entwickelt. Politik und Wirtschaft, Wissenschaft und Medien sind sich einig, dass es sich um zentrale Themen der Zukunft handelt. Es geht um die Zukunft unserer Gesellschaft, um ihren inneren Zusammenhalt, aber auch um die Herausforderung des demographischen Wandels. Die Themen Migration und Integration sind aber nicht nur in aller Munde, sondern zunehmend auch praktisches Politikfeld auf allen Ebene ob in der Eidgenossenschaft, den Kantonen oder im kommunalen Bereich, wo sich Zehntausende professionell oder ehrenamtlich mit diesen Themen beschäftigen.

1. Erkennt die Basler Regierung die Nöte und Sorgen der einheimischen Bevölkerung in Sachen Einwanderung?
2. Ich möchte die Regierung bitte einmal festlegen. Was für einen Anteil von Schweizern und Ausländern wünscht sich die Regierung für 2020, 2030 und 2040?
3. Ist die Regierung für Einwanderung?“

Eric Weber“

Wir beantworten diese Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Erkennt die Basler Regierung die Nöte und Sorgen der einheimischen Bevölkerung in Sachen Einwanderung?

Die Basler Regierung erkennt allfällige Sorgen der einheimischen Bevölkerung bezüglich der Einwanderung. Sie sieht es als ihre Aufgabe, die Bevölkerung sachlich zu informieren, mit einer umfassenden Integrationspolitik vorhandene Ängste zu entschärfen und mögliche Besorgnisse vorzubeugen. Mit einem Integrationskonzept, welches sich auf die Integration ab Zuzug konzentriert, die Chancengleichheit fördert und sich an der Gegenseitigkeit von Rechten und Pflichten orientiert, wirkt die Basler Regierung diesen Sorgen entgegen.

Ein breites Angebot an Beratungsstellen und Quartiertreffpunkten steht zudem allen Einwohnerinnen und Einwohnern Basels zur Verfügung, schafft Begegnungsmöglichkeiten zwischen Schweizern und Ausländern, informiert und unterstützt bei Ängsten und Anliegen zu Fragen

des Zusammenlebens (siehe hierzu Antwort auf Schriftliche Anfrage von Eric Weber betreffend „Angst vor Ausländern – welche Angebote gibt es für Schweizer“ vom 22.10.2013). Gleichwohl unterstützt der Kanton mit jeweils aktuellen Projekten und durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit den Abbau von Vorurteilen und Sorgen in der Gesellschaft, indem er aktuelle Entwicklungen aufnimmt und thematisiert. Die Regierung betrachtet die Integrationsförderung als eine wichtige Investition in die Zukunft, die sich gleichwohl für die Schweizer/innen-, als auch für die Migrationsbevölkerung in Basel, sozial als auch ökonomisch lohnt.

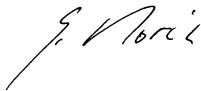
2. Ich möchte die Regierung bitte einmal festlegen. Was für einen Anteil von Schweizern und Ausländern wünscht sich die Regierung für 2020, 2030 und 2040?

Eine Festlegung von Bevölkerungsanteilen ist aus Sicht der Regierung weder erwünscht noch zielführend. Weder die gesellschaftlichen Entwicklungen noch die ökonomische Lage, von welcher der Bedarf an Arbeitskräften aus dem Ausland abhängt, sind für die nächsten 30 Jahre voraussehbar. Die Regierung setzt sich für eine nachhaltige Einwanderungs-, Integrations- und Einbürgerungspolitik ein und will auch in Zukunft an ihrer Willkommenskultur festhalten. Ziel ist es, Basel als attraktiven Wohn- und Arbeitsort für In- und Ausländer zu festigen.

3. Ist die Regierung für Einwanderung?“

Die Regierung setzt sich für einen starken Wirtschaftsstandort Basel ein, unterstützt den internationalen Austausch, insbesondere in den Bereichen Forschung, Innovation, Kultur und Bildung und steht hinter der humanitären Tradition der Schweiz. Demnach vertritt die Regierung eine sozialverträgliche, nachhaltige, wirtschaftsorientierte und den humanitären Verpflichtungen entsprechende Einwanderungspolitik.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin